

Parlaments mit allem Nachdruck hinzuwirken, sie wird aber solches den Anträgen ihrer Kammern gemäß in der Weise thun, daß ein Parlament für ganz Deutschland gewählt werde, und sie geht davon aus, daß die Ausschreibung der Wahlen nicht von einer einzelnen Regierung zu erfolgen habe.“ Damit mag zugleich die hie und da ausgestreute Angst beschwichtigt sein, daß, falls Oesterreich und seine Verbündeten gesiegt, die Flut der Barbarei und Unterdrückung über Deutschland hereingebrochen sein würde. Die Streitfragen des Kriegs, die schleswig-holsteinische wie die deutsche Frage würden allerdings nicht im preussischen Sinne gelöst, d. h. die Einverleibung der Herzogthümer, die Verdrängung Oesterreichs aus Deutschland, die Ausdehnung Preußens und der Bundesstaat mit preussischer Spitze und Parlament in Norddeutschland nicht zu Stande gekommen, wohl aber die Selbständigkeit der Herzogthümer so wie der übrigen einverleibten Staaten erhalten und nicht bloß die süddeutschen Staaten, sondern auch Oesterreich, ohne entscheidendes Uebergewicht für sich selbst, im Bunde geblieben sein. Der Preis war des Kampfes, nachdem er einmal heraufbeschworen, schon werth. Im ungünstigsten Falle wäre bezüglich der Volksvertretung am Bund die Reformakte ins Leben getreten, Sachsen aber am allerwenigsten der Forderung des Parlaments für ganz Deutschland entgegengetreten. Zum Heil und zur Macht Deutschlands gehört nicht die Einheit unter der Hohenzollern Schwert, sondern die Einigung in einem Bund, der jedem Stamm so viel Freiheit läßt, als mit dem Wohle der Ge-